

**PROGRAMM**  
der  
Landesorganisation Sachsen-Anhalt  
der  
**Kommunistischen Partei  
Deutschlands**  
**- KPD -**

für die Landtagswahl am 20.03.2011

in Sachsen-Anhalt

## 1. Wer wir sind, was wir wollen

In der Tradition des kommunistischen Wahlbündnisses „Bündnis DKP / KPD“ aus den Landtagswahlen 2002 und 2006 wollen wir uns an der Landtagswahl 2011 beteiligen. Das Landeswahlgesetz von Sachsen-Anhalt läßt keine Listenbündnisse mehr zu. Außerdem dürfen auf den Listen einer Partei keine Mitglieder anderer Parteien kandidieren, egal, ob diese Parteien selbst antreten oder nicht. Daher tritt die KPD mit einer eigenen Landesliste an.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in Sachsen-Anhalt sind Teil der weltweiten kommunistischen Bewegung.

Unser Ziel ist der Kommunismus. Eine Gesellschaft, in der auf der Grundlage des gesamtgesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, nach einem gemeinschaftlichen Plan produziert wird und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Der erste Schritt zur Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft ist der notwendige Aufbau des Sozialismus.

Um den Sozialismus in Zukunft stärker und fester zu gestalten, gehen wir von den positiven Entwicklungen in der DDR aus und haben uns mit den Mängeln und Schwächen des ersten friedlichen und demokratischen Staates auf deutschem Boden auseinandergesetzt.

**Die Notwendigkeit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft leiten wir aus der Unfähigkeit des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche ab, dauerhaft die Probleme und Interessen der Menschheit zu lösen.**

Wie alle Bundesländer der BRD, befindet sich auch unser Land in einer tiefen gesellschaftlichen Krise. Die Wirtschaft stagniert, rund 13% der arbeitsfähigen Bevölkerung sind nach offiziellen Statistiken arbeitslos. Die Jugend verläßt das Land und sucht anderswo ihre Zukunft. Die öffentlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen sind scharfen Kürzungen ausgesetzt.

So kann es nicht weiter gehen!

Deshalb wenden wir uns gegen den ständig fortschreitenden Demokratie- und Sozialabbau mit denen das kapitalistische System die Kosten für die Rettung der Maximalprofite der Großbanken auf die Bevölkerung abwälzt. Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, alle lohnabhängigen und anderen Bürger, die darunter zu leiden haben, müssen sich gegen eine solche Entwicklung zur Wehr setzen.

Wir Kommunisten sind Teil der Bewegung, die sich für die Erhaltung der Bürgerrechte einsetzt und gemeinsam mit Anderen dafür kämpft. Aus diesen Gründen treten wir für eine starke außerparlamentarische Bewegung ein und gehen deshalb auch Bündnisse mit solchen Organisationen ein, die sich mit diesem Ziel identifizieren. Dazu fand u.a. im Mai 2010 die 2. Konferenz für Aktionseinheit zur weiteren Umsetzung des Aufrufes „Gemeinsam gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt“ statt.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in Sachsen-Anhalt sind Teil der sozialen Bewegungen, in den Montagsdemonstrationen, als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Betrieben, wir organisieren uns solidarisch mit den Migrant/-innen und wir unterstützen jene jungen Menschen, die sich mutig den Neofaschisten und dem Polizeiterror entgegenstellen.

Die Arbeiterklasse und auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger haben nur die Rechte, die sie sich selber erkämpfen und die sie tagtäglich aufs Neue verteidigen. Gerade deshalb sind wir der Meinung, in die Parlamente gehören Bürger von der Straße, die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, Menschen die arbeitslos sind, Migrant/-innen und junge Antifaschisten.

Unser **Grundanliegen** ist es, sich für die Interessen und Rechte der Lohnabhängigen, der erwerbslosen Menschen, der Jugend, der Frauen, der Behinderten und Rentner einzusetzen.

Wir möchten gemeinsam mit Ihnen ihre vom Staat gesetzlich verbrieften Rechte verteidigen und nach Möglichkeit erweitern helfen und über diesen Weg sowie gemeinsam mit anderen sich gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände richtenden Parteien, Organisationen, Bündnisse und Bewegungen die Bedingungen für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen schaffen. Gegenwärtig gilt unser Kampf der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung.

## 2. **Wie ist die Situation in unserem Bundesland?**

Nach 20 Jahren Herrschaft über die Bürger der ehemaligen DDR sind die erreichten Ergebnisse recht eindeutig. Die Zerstörung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen hat einen erheblichen Teil der Bevölkerung Sachsen-Anhalts in Not und Elend gebracht. Die Angst um die Zukunft geht überall um. Diese Entwicklung führte u. a. zu solchen Folgeerscheinungen wie:

- Eine hohe Arbeitslosigkeit, die im Bundesland mit kleinen Abweichungen beständig bei 13% und mehr liegt, und immer mehr Menschen in die Armut treibt.
- Hunderttausende Bürger/-innen unseres Bundeslandes sind von den Auswirkungen der menschenfeindlichen Agenda 2010, mit ihrem Kernstück, Hartz IV, betroffen und fallen unter das Existenzminimum bzw. die Armutsgrenze.
- Eine beinahe vollständige Deindustrialisierung der ehemals industriestarken Regionen durch die Enteignung des Volkseigentums der DDR sowie Schließung von Betrieben.
- Nach wie vor werden Betriebe, Schulen, Kindereinrichtungen, Bibliotheken, Arztpraxen usw. geschlossen, was zur weiteren ruinösen Entwicklung beiträgt sowie Arbeitsplätze vernichtet.
- Die Korruption und Vetternwirtschaft in Politik, Verwaltung und Wirtschaft blüht wie nie zuvor.
- Junge Menschen wandern immer noch verstärkt in die westlichen Bundesländer ab.
- Die zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Beziehungen werden verstärkt an materielle Werte gebunden und der zunehmende Konkurrenzdruck zwischen den Menschen führt zur Entsolidarisierung und Gleichgültigkeit.

- Die Entwicklung von neofaschistischen Strukturen und Aktionen im Bundesland, die zunehmend sichtbarer und gewaltbereiter gegenüber ausländischen Mitbürgern und fortschrittlichen politischen Kräften werden.

Die sozialen Sicherungssysteme und die Rechte der werktätigen Bevölkerung sowie die demokratischen Grundrechte zu verteidigen, zu erneuern und auszubauen, das ist nur in der Konfrontation mit dem Kapital und seinen politischen Verwaltungs- und Repressionsorganen möglich. Immer offensichtlicher wird die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, der hemmungslosen Jagd nach Profit, und all dem, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht: Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität und Entfaltung der Persönlichkeit.

Eine Änderung des Zustandes kann nur durch die Brechung der Macht der Monopole und der Banken erreicht werden.

Die Bevölkerung braucht eine andere Politik, die garantiert, daß alle Menschen in Frieden und in gesicherten menschenwürdigen Verhältnissen leben können.

Diese Zielstellungen sind umsetzbar, denn es ist genug Geld dafür da, es darf nur nicht für die Vermehrung der Reichtümer Einzelner oder für Kriegseinsätze genutzt werden. Zurzeit werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.

### **3. Wirtschaft**

Um dies alles entsprechend finanziell abzusichern, treten wir ein für die Wiedereinführung der Vermögen- und Erbschaftsteuer für Großvermögen, der Besteuerung von Spekulationsgewinnen, der Nutzung eingesparter Mittel im Rahmen der Bekämpfung der Korruption und der Verschwendungssucht, Beschränkung der Managervergütungen auf maximal das 5-fache des Durchschnittsverdienstes des jeweiligen Bereiches. Die neue Landesregierung sollte dazu eine Bundesratsinitiative einbringen.

Gegenwärtig streben wir eine stärkere demokratische Kontrolle der Konzerne, Versicherungen und Banken an.

Für Firmen, deren Geschäftstätigkeit dem Gemeinwohl widerspricht, müssen nach Artikel 15 des Grundgesetzes der BRD gesetzliche Regelungen zur Überführung in gesellschaftliches Eigentum mit demokratischer Kontrolle geschaffen werden.

Wir Kommunisten werden uns dafür einsetzen, daß das Privatvermögen der Spitzenmanager bei Insolvenzen zur Finanzierung der Gehälter herangezogen wird.

Die Steuervergünstigungen für die Verlegung von Betrieben und Betriebsteilen ins Ausland, müssen abgeschafft werden. Die Senkung des Spitzensteuersatzes und jegliche Erhöhung der Mehrwertsteuer werden von uns strikt abgelehnt.

Wachstum um jeden Preis, ungehemmte Steigerung der Produktionsmenge schafft Überkapazitäten und führt damit zum Arbeitsplatzabbau. Deswegen soll der immer

stärker werdende Einfluss von Wissenschaft und Technik in die Arbeitsprozesse für die allgemeine Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit, die Verhinderung von Arbeitszeitverlängerungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze statt Überstunden verwendet werden.

Durch höhere Löhne und Renten muß mehr Kaufkraft zur Verfügung stehen, um damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir treten für die Erweiterung der Mitbestimmung von Belegschaften, Betriebs- bzw. Personalräten und Gewerkschaften bei Investitionen, Arbeitsplatzverlagerung und Fusionen ein.

Wir fordern einen konsequenten Erhalt des vorhandenen Kündigungsschutzes, der Flächentarifverträge und bisheriger Urlaubsregelungen. Die Vergabe von Aufträgen durch Land und Kommunen muß an die Einhaltung von Tarifverträgen gebunden werden.

Wir setzen uns ein für ein umfassendes Streikrecht, für die Aufhebung der betrieblichen Friedenspflicht und fordern die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in allen Betrieben

Die Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist nach wie vor aktuell. Zur Umsetzung dieser Forderung gehört auch die Beseitigung der ungerechten ungleichen Entlohnung der arbeitenden Menschen im Osten gegenüber denen in den westlichen Bundesländern. Wir fordern einen einheitlichen Mindestlohn in Ost und West von 10,- EUR/h.

Es darf keine sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse geben.

Wir wollen, daß das öffentliche Eigentum in Sachsen-Anhalt für das Wohl der Bürger und nicht zur Schaffung von privatem Eigentum eingesetzt wird. Der Verkauf kommunaler Einrichtungen an private Nutznießer muß untersagt werden. Lebenswichtige Einrichtungen, wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke müssen im Eigentum der Kommunen verbleiben bzw. wieder überführt werden.

#### **4. Landwirtschaft**

Zur Sicherung der Existenzmöglichkeiten der Bauern und Agrargenossenschaften in Sachsen-Anhalt muß der Schutz des Bodenreformlandes und die Entlastung der Bauern von den so genannten Altschulden gesetzlich verbrieft werden.

Wir brauchen eine Politik, die den Bauern ihre Existenz sichert. Zur Verhinderung von Dumpingpreisen für landwirtschaftliche Produkte müssen Mindestaufkaufpreise gesetzlich verbrieft werden.

Die weitere Entwicklung von kooperativen Beziehungen zwischen Landwirtschaftsbetrieben und Erzeugergemeinschaften ist zu fördern.

#### **5. Ökologie und Umwelt**

Mobilität um jeden Preis zur Ankurbelung der kapitalistischen Konjunktur lehnen wir ab. Trotz öffentlicher Bekenntnisse zu der Vielfalt der Verkehrsmittel ist die Bevorzugung des individuellen Autoverkehrs nach wie vor die herrschende Option.

Eine umweltgerechte Entwicklung vielfältiger Verkehrskonzepte, die den Personennahverkehr, Bahn und Bus für alle erreichbar und bezahlbar machen, ist die Voraussetzung dafür, daß die Umweltbelastung gesenkt wird.

Wir brauchen intelligente Verkehrsleitkonzepte, um den Durchgangsverkehr aus den Wohngebieten zu verbannen. Der weitere Ausbau des Autobahnnetzes muß gestoppt werden. Umgehungsstraßen sollten nur da gebaut werden, wo sie notwendig sind.

**Der EU-weiten Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs erteilen wir eine Absage. Keine weitere Dezentralisierung und Privatisierung des Streckennetzes der Deutschen Bahn. Die Ausdünnung des Netzes muß gestoppt werden.**

Durch die imperialistische Strategie der Gewinnmaximierung, werden die ökologischen Ressourcen irreversibel vernichtet. Ein schonender Umgang mit diesen Ressourcen ist für uns eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Wir fordern die Substitution der ölabhängigen Energiegewinnung durch Wind, Wasser und Solar. Die Minimierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes darf nicht nur auf den Verkehr reduziert werden. Die Industrie muss ihren Beitrag bei der Erforschung und Umsetzung ökologischer Technologien leisten.

Eine Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene und die Binnenschifffahrt unter ökologischen Gesichtspunkten ist zwingend notwendig.

## **6. Militarisierung**

Das imperialistische Deutschland greift mal wieder nach der Weltherrschaft. Weltweit agiert die Bundeswehr unter anderem als Besatzungsarmee in Afghanistan, im Kosovo und in Bosnien. Weltweit jagen deutsche Kriegsschiffe so genannte Piraten und Terroristen. In 11 Ländern sind ca. 7.000 Soldaten im Einsatz.

Sachsen-Anhalt hat bei der Vorbereitung nicht nur der Bundeswehr auf ihren neuen globalen Auftrag besondere Bedeutung. In keinem Bundesland ist die Dichte der modernen Truppenübungsplätze höher. So gibt es neben den Truppenübungsplätzen Klietz und Altengrabow das Gefechtsübungszentrum Altmark in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Wir fordern:

- die sofortige Beendigung der Ausbildung von Kriseninterventionskräften und Truppen für den Auslandseinsatz auf dem Territorium unseres Bundeslandes,
- das Verbot der Werbung an den Schulen, in den Berufsinformationszentren sowie den Jugendfreizeiteinrichtungen durch Angehörige der Bundeswehr für militaristische Berufe,

- die Umsetzung der Maßnahmen für die nichtmilitärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide entsprechend dem Heidekompromiß von 1997,
- den Zeitzer Forst frei von der Bundeswehr zu halten,
- die Vorbereitungen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern rückgängig zu machen.

Unsere Menschen brauchen Frieden und keine Kriege. Deshalb stehen wir gegen alle militärischen Abenteuer, besonders, wenn deutsche Militärs im Ausland agieren. Wir verlangen den unverzüglichen Abzug aller deutschen Soldaten aus dem Ausland.

Wir setzen uns ein für den Austritt aus der NATO, militärische Abrüstung, Stop des weiteren Ausbaus der Bundeswehr als Interventionsarmee und das Verbot von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die dadurch freiwerdenden Mittel müssen für Bildung und soziale Projekte eingesetzt werden.

Der Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.

## **7. Demokratie**

Wir lehnen die Verträge von Lissabon mit ihren sozialreaktionären und antidemokratischen Inhalten und der Verpflichtung zur militärischen Aufrüstung ab.

Wir wollen die Durchsetzung der im Grundgesetz der BRD festgeschriebenen Grundrechte. Dazu gehört auch die Beendigung der noch immer anhaltenden Delegitimierung und Diffamierung der DDR und ihrer Bürger durch Politik, Justiz und Medien.

Wir fordern die Rehabilitierung und Entschädigung verurteilter DDR-Bürger, die wegen ihres hoheitlichen Eintretens für ihren Staat verurteilt wurden.

Wir sagen Nein zu den so genannten Nebentätigkeiten von Abgeordneten und Funktionären aus Politik und Gewerkschaften in den Konzernen und anderen Großbetrieben und ihren Vergütungen. Die Bezüge der Abgeordneten müssen in Abhängigkeit von dem durchschnittlichen Erwerbseinkommen festgelegt und veröffentlicht werden.

Schluß mit der undemokratischen 5%-Hürde, ebenso mit der Geheimdiplomatie in den Ausschüssen. Alle Ausschüsse, auch der Innenausschuß, sollen öffentlich sein. Unsere ersten Initiativen werden sich darauf richten, das Parlament und die Wahlen selbst zu demokratisieren.

Volksbegehren und Volksentscheide müssen wieder Mittel der Entscheidungsfindung werden. Dazu muß das jeweils geltende Quorum gesenkt werden.

Die entscheidenden Kräfte des Finanzkapitals wollen eine Beschleunigung der Rechtsentwicklung, dies geht einher mit einer verstärkten Kriminalisierung von Antifaschisten und Linken. Junge Antifaschisten und junge Linke werden, weil sie sich erlauben, öffentlich über die Notwendigkeit der Abschaffung des Kapitalismus nachzudenken, von den staatlichen Repressionsorganen verfolgt. Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren und die volle Rehabilitierung der Opfer der bürgerlichen Justiz.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in Sachsen-Anhalt fühlen uns dem antifaschistischen Erbe verpflichtet und fordern das Verbot aller neofaschistischen und rechtsextremistischen Organisationen. Die Verfälschung der Geschichtsschreibung in den Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus muß beendet werden, es darf keine Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus geben.

Wir erheben schärfsten Protest gegen den Abriß der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals.

Die Tilgung des Andenkens an die antifaschistischen Widerstandskämpfer u. a. durch Umbenennung von Straßen und Plätzen muß rückgängig gemacht werden.

Wir treten ein für die Festschreibung des 8. Mai als Feiertag in der Landesverfassung nach dem Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern.

## **8. Arbeitslosigkeit**

Die industrielle Reservearmee des Kapitalismus ist ein grundsätzlicher Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft. Nicht die Arbeitslosen verursachen die Arbeitslosigkeit, sondern die kapitalistische Rationalisierung unter den Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln. Es ist ausschließlich die menschliche Arbeitskraft, die den Mehrwert erwirtschaftet.

Hartz IV und Agenda 2010 reduzieren nicht die Massenarbeitslosigkeit, sondern bewirken die Massenverarmung der sozial Schwachen und müssen deshalb abgeschafft werden.

Unsere Anstrengungen richten sich auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit, die soziale und moralische Unterstützung der Arbeitslosen und die Erhaltung der Arbeitsplätze durch die Verhinderung weiterer Betriebsschließungen in Sachsen-Anhalt. Dies wird nur im bewußten Klassenkampf der Betriebsbelegschaften gegen die Unternehmer möglich sein. Dazu gilt es, die Gewerkschaften zu stärken, um das Zurückweichen vor den Angriffen des Kapitals zu überwinden.

Wir treten ein für die Zahlung von Arbeitslosengeld während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die durch die Bekämpfung von Korruption und Verschwendung und durch Abrüstung freiwerdenden Mittel müssen für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Für den Ausbau von Arbeitsverhältnissen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Kinderbetreuung und Jugendarbeit, kultureller und sozialer Projekte muß das Land ausreichende Mittel zur Verfügung stellen.

## **9. Bildung**

Die Politik trägt Verantwortung für eine qualitativ hohe Bildung. Das Bildungssystem der DDR war weltweit anerkannt und wurde von anderen Ländern übernommen, die



damit heute gute Ergebnisse erreichen. Das uns übergestülpte Bildungssystem ist veraltet und muß dringend modernisiert werden.

Schulgeld- und Lernmittelfreiheit müssen wiedereingeführt werden.

Die strikte Trennung von Kirche und Staat und die Abschaffung des Religionsunterrichtes sind zeitgemäße Forderungen.

Die Universitäten Sachsen-Anhalts müssen als geistige Zentren unseres Bundeslandes erhalten bleiben. Universitäten sollen der Universalität des Geistes und nicht der Profitmaximierung der Konzerne dienen, die Kombination aus Geistes- und Naturwissenschaften muß wieder ermöglicht werden.

Insbesondere setzen wir uns für den freien Zugang zum Studium, unabhängig von der sozialen Stellung des Menschen ein. Dazu gehören ein elternunabhängiges BAFÖG und gebührenfreies Studium. Eine Privatisierung von Bildungseinrichtungen lehnen wir ab. Es gilt die Universitäten und Schulen zu politisieren und den Klassenkampf in sie hineinzutragen.

## **10. Frauen**

Mit der Wiedereinführung des Kapitalismus veränderte sich die gesellschaftliche Stellung der Frauen grundsätzlich. Die Mehrzahl der Frauen soll wieder in die traditionelle Rolle als Frau und Mutter zurückgedrängt werden.

Wir fordern die Gleichberechtigung von Mann und Frau, insbesondere bei der beruflichen Tätigkeit, der Qualifizierung sowie der Stellenbesetzung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bedeutet auch die Überwindung der Niedriglohnstrukturen in den ehemals mehrheitlich von Frauen ausgeübten Tätigkeiten.

Die finanzielle Absicherung vorhandener Frauenhäuser und Mutter-Kind-Heime muß gewährleistet werden.

## **11. Kinder und Jugendliche**

Die Rechte der Kinder und Jugendlichen müssen gesetzlich verankert werden. Gebührenfreie Kinderkrippen- und Kindergärtenplätze, Hortplätze und kostenloser Schulbesuch müssen gesetzlich verbrieft Grundrechte sein.

Schutz der Kinder und Jugendlichen vor elterlicher Gewalt und Ausbau entsprechender Beratungsstellen sind notwendig.

Die Aufhebung des Verbotes der politischen Tätigkeit von Schülerinnen und Schülern in der Schule und die Demokratisierung der Schulen durch weitgehenden Ausbau der Rechte der Schülerräte halten wir für notwendig. Es gilt zu erreichen, daß Schüler, Eltern und fortschrittliche Lehrer gemeinsam den Kampf in der Schule gegen den reaktionären Bildungsab- und umbau aufnehmen.

Nicht der Abbau von, sondern die Schaffung neuer Jugendzentren, in denen die Jugendlichen ihre selbst bestimmten Freiräume schaffen und leben können, sind erforderlich.

Wir sagen nein zur beruflichen Perspektivlosigkeit, fordern die Gewährleistung eines Ausbildungsplatzes für jeden Jugendlichen, eine hohe Qualität der Ausbildung, die tarifliche Entlohnung, das Recht auf unbefristete Übernahme im erlernten Beruf, sowie die Aufnahme des Rechts auf Ausbildung für jeden Jugendlichen in die Landesverfassung. Hierzu müssen sich die Jugendlichen, Auszubildenden und jungen Arbeiter organisieren und gemeinsam für ihre Forderungen in den Gewerkschaften und gegen die Unternehmer kämpfen.

Kinder und Jugendliche dürfen kein Armutsrisiko sein!

Es ist die Pflicht eines jeden demokratischen Gemeinwesens, die erforderlichen finanziellen und materiellen Mittel für die Erziehung von selbständigen und solidarischen Menschen umfassend bereit zu stellen und das Wohl seiner Kinder zu garantieren.

## **12. Kultur und Sport**

Wir unterstützen das Bedürfnis der Menschen, sich durch Sport aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sport ist für uns Ausdruck einer aktiven Lebensgestaltung, verbunden mit dem Streben, durch sportliche Leistungen den friedlichen Wettkampf auf nationaler oder auch internationaler Ebene zu fördern. Er dient somit der Völkerverständigung und bildet eine der Grundlagen, die es der Jugend erlauben, über ideologische Schranken hinaus, miteinander zu kommunizieren. Dafür werden die Bedingungen aber, wie in allen anderen Bereichen, immer schlechter.

Wir fordern:

- keine Subventionierung des Profisportes weder durch direkte Geldzuwendungen oder indirekte, wie Bauvorhaben und Veranstaltungen,
- die ausschließliche Orientierung auf den Amateursport und dessen Förderung, sowie die Beibehaltung der Sportschulen in Halle und Magdeburg als Leistungszentren des olympischen Gedankens, die es jedem Sportler, unabhängig von seiner sozialen Stellung, alleine seiner sportlichen und schulischen Leistung entsprechend, ermöglichen, sportlich gefördert zu werden,
- größtmögliche Unterstützung des Breitensports, unabhängig von der Zugehörigkeit zu Vereinen,
- Unterstützung der Sportvereine dann, wenn sie den olympischen Gedanken pflegen und vor allem Menschen, unabhängig von der sozialen Stellung, z.B. durch eine entsprechende Beitragsgestaltung, die sportliche Tätigkeit ermöglichen.

## **13. Medien**

Die Medien spielen eine wichtige Rolle in der Vermittlung des bürgerlichen Bewußtseins. Die Ausweitung des gesellschaftlichen Beirates des MDR durch Bürgerinnen und Bürger aus allen sozialen Bewegungen, Friedens- und Umweltinitiativen sowie der antifaschistischen Bewegung ist für eine ausgewogene Berichterstattung notwendig.

Die Förderung von Sendeinhalten mit sozial fortschrittlichen, antifaschistischen und interkulturellen Themenstellungen sowie die bewußte Bewahrung der Film- und Medienkultur der DDR sind weitere Schritte zu progressiven Medien.

## **14. Gesundheitspolitik**

Wir Kommunisten kämpfen für den Erhalt der Sozialsysteme, die eine Armutssicherung darstellen. Die soziale Sicherung darf kein Feld für die Spekulation und Bereicherung der Versicherungen und Pensionsfonds sein.

Wir fordern, daß die medizinische Versorgung der Bevölkerung ohne Praxisgebühr, ohne Zuzahlung und ohne Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen erfolgt und sich an den Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts orientiert. Zur Finanzierung der Krankenhäuser müssen alle Versicherungen herangezogen werden, nicht nur die gesetzlichen Krankenkassen.

Für Schwerbehinderte und Gleichgestellte muß das Recht auf Arbeit garantiert werden. Dazu soll die Ausgleichsabgabe der Firmen spürbar erhöht werden.

## **15. Renten**

Wir Kommunisten setzen uns für Rente für Frauen mit 55 und Männer mit 60 Jahren ein. Für die Gleichbehandlung der Rentner im Osten mit denen im Westen und die umgehende Beseitigung des Rentenstrafrechts für DDR-Bürger muss weiter gekämpft werden. Eine Anpassung der Renten Ost an das Rentenniveau West sowie an die Inflationsrate muß garantiert – der demografische und der Riester-Faktor müssen abgeschafft werden. Eine gesetzliche Mindestrente von 1.200,- EUR je Monat soll die Altersarmut mindern.

## **16. Wohnungspolitik**

Seit dem Jahr 2000 wurden in Sachsen-Anhalt 66.000 Wohnungen zerstört. „Der Wohnungsmarkt wird bereinigt,“ mit welch offenerem Zynismus ließe sich die bürgerliche Gesellschaft besser beschreiben. Die Empfänger von Arbeitslosengeld II werden gezwungen, in beengten Wohnverhältnissen zu leben. Immer mehr Menschen werden in unserem Bundesland obdachlos. Flüchtlinge werden in Lagern kaserniert.

Wir fordern den sofortigen Stop des Wohnungsabrisses, sowie die Erarbeitung einer Konzeption für die Nutzung des Wohnraumes. Dabei soll die Übergabe an selbstverwaltete Wohn-, Kultur- und Jugendzentren im Vordergrund stehen.

Der Verkauf von kommunalen Wohnungen an Investitionsfonds muß gesetzlich untersagt werden. Wohnungen dürfen nicht zum Spekulationsobjekt werden.

Die Förderung von Wohnungsgenossenschaften muß verbessert und die Umwandlung der bestehenden Genossenschaften in so genannte Kapitalgesellschaften muß verhindert werden.

## **17. Migranten**

Weltweit erleben wir, daß die imperialistischen Zentren ihre Märkte gegen Menschen und Waren abschotten. Gleichzeitig betreiben sie weiterhin die Zerstörung der sozialen, ökonomischen und kulturellen Strukturen der Entwicklungsländer. Flucht und Migration sind die Folgen der imperialistischen Expansionspolitik. Wir treten dafür ein, daß die Migranten in unserem Land ein menschenwürdiges Dasein erhalten. Nur durch die aktive Solidarität und Unterstützung der Kämpfe, der von den Imperialisten und ihren lokalen Kollaborateuren unterdrückten und ausgebeuteten Völker, für eine

freie, gerechte und solidarische Weltordnung, läßt sich die Ursache für Flucht, Vertreibung und Migration beseitigen.

Wir fordern:

- die großzügige Handhabung der Duldungs- und Aufenthaltsrechte für Flüchtlinge in unserem Bundesland,
- die großzügige Handhabung der Arbeitserlaubnisse für Flüchtlinge,
- die Darstellung der Ursachen der Gründe für die weltweite Flucht und Migration in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, des Rechts auf Asyl als ein grundsätzliches Menschenrecht,
- die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen,
- die sofortige Schließung des so genannten Ausreisezentrums in der ZAST Halberstadt,
- die sofortige Legalisierung der Flüchtlinge ohne Papiere,
- gleiche Rechte für in- und ausländische Kinder.

**All diese Vorhaben und Forderungen verlangen viel Aktivität, Organisation und gemeinsames Handeln. Die Umsetzung einer oder auch nur einer Teilforderung ist ein Schritt nach vorn und ein Beitrag zur Entwicklung solcher Bedingungen, die die Lage der arbeitenden Menschen verbessern und perspektivisch die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen.**

Der Kapitalismus kann keines der Probleme der arbeitenden Menschen lösen und wird zum Hemmnis der Entwicklung der Menschheit. Wir müssen den Kapitalismus überwinden, damit wir die Zukunft - den Sozialismus - gewinnen können.

**Werte Wählerinnen und Wähler, wir bitten um Ihre Unterstützung.**

- **Geben Sie uns Ihre Unterschrift und damit eine von 1.000 notwendigen für unseren Landeswahlvorschlag!**
- **Entscheiden sie sich am 20.03.2011 für die Landesliste der KPD und ihre Direktkandidaten!**
- **Beteiligen Sie sich an unseren Aktionen in Vorbereitung der Wahl und danach!**

*KPD-Landesorg. Sachsen-Anhalt, Postfach 1262, 06692 Zeitz; [www.lsa.k-p-d.org](http://www.lsa.k-p-d.org)*